

Drucksache

Finanzzwischenbericht 2019			
verantwortlich: Amt für Finanzen		Drucksache 2019/026	
		20.09.2019	
Beratung:	Ö	30.09.2019	Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Vom Finanzzwischenbericht wird Kenntnis genommen.
2. Den unter Abschnitt 2.4 c) aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen wird zugestimmt.

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

3. Den unter 2.4 a) - b) sowie 2.4 d) - g) aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen wird zugestimmt.
4. Der Umwidmung von 533.700 Euro aus der Zuweisung für Instandhaltungsmaßnahmen bei der Klinik in Winnenden, für die Fehlbetragsabdeckung 2018 und für Zinsaufwendungen zum laufenden Zuschuss an die Rems-Murr-Kliniken gGmbH wird zugestimmt.

1. Zusammenfassung

Im Jahr 2019 ergeben sich im Ergebnishaushalt voraussichtliche Verbesserungen in Höhe von 8,3 Mio. Euro. Diese entstehen insbesondere aufgrund von Verbesserungen im Sozialbereich und bei den allgemeinen Zuweisungen.

Bei den Investitionen und den Tilgungen ergeben sich Verbesserungen von rund 1,7 Mio. Euro.

2. Sachverhalt

Der Finanzzwischenbericht informiert über das Ergebnis des abgelaufenen Haushaltsjahres 2018 sowie über die aktuellen Entwicklungen des Haushalts 2019.

Es werden die derzeit bekannten voraussichtlichen wesentlichen Abweichungen des Jahresabschlusses 2019 zur Haushaltsplanung 2019 und die sich daraus ergebenden über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen dargestellt. Diese sind vom Kreistag zu beschließen.

2.1 Rückblick auf das Haushaltsjahr 2018

Im Jahr 2018 hat sich die wirtschaftliche Lage des Landkreises gegenüber 2017 weiterhin verbessert. Die wirtschaftliche Lage des Rems-Murr-Kreises ist eng verbunden mit der Entwicklung der Steuerkraftsummen der Städte und Gemeinden. Die Steuerkraftsumme 2018 mit 586 Mio. Euro erhöhte sich um 30,3 Mio. Euro gegenüber 2017. Der Hebesatz der Kreisumlage sank 2018 gegenüber dem Vorjahr um 1,2 %-Punkte auf 35,4 %.

Die finanzielle Lage 2018 hat sich erfreulicherweise positiver entwickelt als ursprünglich geplant. Der Ergebnishaushalt weist im ordentlichen Ergebnis einen Jahresüberschuss mit 26,7 Mio. Euro auf. Ausschlaggebend für diese Verbesserung waren die Entwicklung auf der Ertragsseite, sowie geringere Aufwendungen.

Dies waren insbesondere:

	Mehrerträge
Schlüsselzuweisungen	2,8 Mio. Euro
Grunderwerbsteuer	1,8 Mio. Euro
Gebühren	1,6 Mio. Euro
	Wenigeraufwendungen
Gebäudeunterhaltung Asyl	0,7 Mio. Euro
Sachverständigen- und Gerichtskosten	0,5 Mio. Euro
	Verbesserungen Nettoaufwendungen
Sozialhilfeleistungen	11,0 Mio. Euro
Asylleistungen netto (ohne Personal)	6,3 Mio. Euro

Auch bei den anderen Landkreisen in der Region Stuttgart konnten ordentliche Ergebnisse im zweistelligen Millionenbereich erzielt werden.

In der Finanzrechnung wurde ein positiver **Saldo aus Investitionstätigkeit** in Höhe von 2,3 Mio. Euro veranschlagt. Dieser fiel mit -9,3 Mio. Euro um 11,6 Mio. Euro schlechter als geplant aus. Die Verschlechterungen ergeben sich aus Wenigereinzahlungen in Höhe von 1,7 Mio. Euro und Mehrauszahlungen in Höhe von 9,9 Mio. Euro.

Der Schuldenstand einschließlich der inneren Darlehen reduziert sich um 19,2 Mio. Euro auf 33,0 Mio. Euro auf Ende des Jahres 2018. Die „Konzernverschuldung“ des Rems-Murr-Kreises beträgt zum 31.12.2018 insgesamt 385,6 Mio. Euro.

In der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses sind insgesamt 17,6 Mio. Euro enthalten. Unter Berücksichtigung der Forderungen ans Land sind hiervon 15,9 Mio. Euro als freie Liquidität zum Jahresende 2018 verfügbar. Diese Mittel sollen, falls sie nicht zum Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses benötigt werden, in Folgejahren zur Finanzierung von geplanten Investitionen verwendet werden.

In den folgenden Monaten erfolgt die Prüfung des Jahresabschlusses 2018 durch das Rechnungsprüfungsamt. Die Beratung und Feststellung ist für den Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss am 09. Dezember 2019 und für den Kreistag am 16. Dezember 2019 vorgesehen.

Ausführliche Erläuterungen finden sich im Rechenschaftsbericht, welcher in der Kreistagsitzung am 21. Oktober 2019 übergeben wird.

2.2 Verlauf Haushaltsplan 2019

Die Haushaltssatzung 2019 wurde vom Kreistag am 17. Dezember 2018 verabschiedet und vom Regierungspräsidium Stuttgart am 23. Januar 2019 genehmigt. Der Haushaltsplan wurde festgesetzt:

Im Gesamtergebnishaushalt mit	Erträgen in Höhe von 507.482.300 Euro Aufwendungen in Höhe von 504.830.200 Euro
Im Gesamtfinanzhaushalt mit	Einzahlungen in Höhe von 504.490.200 Euro Auszahlungen in Höhe von 486.188.600 Euro

2.3 Übersicht der Veränderungen 2019 mit Fazit

2.3.1 Veränderungen Ergebnishaushalt

Teilhaushalt (THH)	Produkt/Bezeichnung	Verschlechterungen durch Mehraufwendungen und Mindererträge	Verbesserungen durch Minderaufwendungen und Mehrerträge
3	Klimaschutzplus (Umrüstung LED-Beleuchtung)	130.000 €	
4	Bußgelder		120.000 €
	Gebühren der Führerscheinstelle		200.000 €
	Gesamtsumme Asyl		2.079.600 €
	Landes-Sprachförderprogramm „VwV Deutsch“	74.000 €	
5	Baugebühren		250.000 €
	Vermessungsgebühren		200.000 €
7	Sachkostenbeiträge Schulen		190.000 €
8	Gesamtsumme Soziales		6.100.000 €
	Gesamtsumme Jugend	860.000 €	
9	Schlüsselzuweisungen vom Land		1.200.000 €
	Grunderwerbsteuer		2.000.000 €
9	Zuweisungen vom Land für VRG, Sonderbehörden-Eingliederungsgesetz, AGProstSchG		330.000 €
	Globale Minderaufwendungen	500.000 €	
1-8	Personal	2.800.000 €	
	Summe	4.364.000 €	12.669.600 €
	Verbesserung Ordentliches Ergebnis		8.305.600 €

Bisher veranschlagtes Ordentliches Ergebnis	2.652.100 €
Hochrechnung Ordentliches Ergebnis zum 31.12.	10.957.700 €

Fazit Ergebnishaushalt:

Derzeit wird von einem verbesserten Ergebnis gegenüber der Planung ausgegangen. Dieser Betrag ergibt sich aus dem Zusammenwirken von Verbesserungen, insbesondere in den Bereichen Asyl und Soziales sowie im Bereich der Grunderwerbsteuer, der Schlüsselzuweisungen und den Sonstigen Zuweisungen.

Dem stehen Verschlechterungen gegenüber, die vor allem aus den Mehraufwendungen im Personalbereich resultieren.

Einen großen Anteil an den zu erwartenden Verbesserungen trägt der Sozialbereich. Hier konnten durch eine rückwirkende, nachträgliche Erhöhung der prozentualen Bundeserstattung für die Jahre 2017 und 2018 bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II Mehrerträge in Höhe von 3,1 Mio. Euro vereinnahmt werden. Unter anderem durch diese Erhöhung sind auch für das Jahr 2019 noch weitere Verbesserungen im Sozialbereich zu erwarten. Der Aufwand bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende fällt insbesondere aufgrund geringerer Fallzahlen günstiger als geplant aus.

Insgesamt kann dieses verbesserte Ergebnis jedoch nur erreicht werden, wenn sich die Ertragsituation auch in den anderen Bereichen weiterhin positiv entwickelt und die allgemeinen Zuweisungen weiterhin konstant bleiben.

2.3.2 Veränderungen Investitionen und Finanzierungstätigkeit

THH	Produkt/Bezeichnung	Verschlechterungen durch Mehrauszahlungen und Mindereinzahlungen	Verbesserungen durch Minderauszahlungen und Mehreinzahlungen
3	Klimaschutzplus (Umrüstung LED-Beleuchtung)		130.000 €
4	Brand- und Katastrophenschutz	30.000 €	
9	Tilgung von Darlehen		1.621.300 €
	Summe	30.000 €	1.751.300 €
	Verbesserung aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit		1.721.300 €

Bisher veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf	-22.681.500 €
Hochrechnung Finanzierungsmittelbedarf zum 31.12.	-20.960.200 €

Fazit Investitionen und Finanzierungstätigkeit

Derzeit wird von einer Verbesserung in Höhe von 1,7 Mio. Euro ausgegangen.

Damit sowohl eine Eingrenzung der Verschuldung sowie die Erwirtschaftung von Investitionsmitteln aus eigener Finanzkraft erreicht werden können, ist auch in der Zukunft eine solide und vorausschauende Finanzpolitik notwendig.

2.4 Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2019

Die Budgetregeln sind in der Anlage 8 zum Haushalt 2019 (Seite 753-754) dargelegt. Folgende überplanmäßige Aufwands- und Auszahlungsgenehmigungen sind erforderlich:

	THH	Haushalt	Bezeichnung	Betrag	zuständig	Deckung aus
a)	3	EHH FHH	<u>Amt für Beteiligungen und Immobilien</u> Klimaschutzplus	130.000 €	Kreistag	Mehrerträgen bei Zuweisungen vom Land
b)	4	EHH FHH	<u>Ausländeramt</u> Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	442.800 €	Kreistag	Mehrerträgen bei Verwaltung und Betrieb von Unterkünften
c)	4	FHH	<u>Brand- und Katastrophenschutz</u> Digitales Alarmierungsnetz	30.000 €	VSKA	Einsparungen bei Klimaschutzplus
d)	4	EHH FHH	<u>Amt für Schulen, Bildung und Kultur</u> Sprachförderprogramm „VwV Deutsch“ Nettobetrag 74.000 Euro	135.000 €	Kreistag	Mehrerträgen bei Sprachförderprogramm und Sachkostenbeiträgen
e)	8	EHH FHH	<u>Kreisjugendamt</u> Nettobetrag 860.000 Euro	1.780.000 €	Kreistag	1.120.000 Euro aus Mehrerträgen beim Kreisjugendamt sowie 660.000 Euro beim Kreissozialamt
f)	9	EHH FHH	<u>Haupt- und Personalamt</u> Globale Minderaufwendungen	500.000 €	Kreistag	Mehrerträgen bei den Schlüsselzuweisungen
g)	1-9	EHH FHH	<u>Haupt- und Personalamt</u> Personalaufwendungen	2.800.000 €	Kreistag	Mehrerträge bei den Schlüsselzuweisungen und Grunderwerbsteuer

Abkürzungen: EHH = Ergebnishaushalt
FHH = Finanzhaushalt

Die Deckung erfolgt über die Verbesserungen aus dem Gesamthaushalt. Die einzelnen Deckungspositionen sind jeweils in der Übersicht in der letzten Spalte aufgeführt.

Zur Begründung wird auf die Anlage 2 verwiesen.

2.5 Umwidmung von Mitteln beim Zuschuss an die Rems-Murr-Kliniken gGmbH

Aus Haushaltsübertragungen 2018 sind 1.114.000 Euro für die Weiterentwicklung der Klinik Winnenden bereitgestellt. Inzwischen stellte sich heraus, dass nur Mittel in Höhe von 864.000 Euro für diesen Zweck benötigt werden.

Die restlichen 250.000 Euro für die Abdichtung des Wirtschaftshofs werden nicht benötigt und sind aus diesem Grund dem laufenden Zuschuss an die Rems-Murr-Kliniken gGmbH zuzuschlagen.

Ebenfalls werden für die Fehlbetragsabdeckung 2018 lediglich 3.300 Euro statt den vorgesehenen 250.000 Euro und 48.000 Euro von geplanten 85.000 Euro für Zinszahlungen benötigt. Die Restbeträge in Höhe von 246.700 Euro und 37.000 Euro sollen ebenfalls dem laufenden Zuschuss an die Rems-Murr-Kliniken zugeführt werden.

Der laufende Zuschuss an die Rems-Murr-Kliniken gGmbH sollte daher um insgesamt 533.700 Euro auf 14,9 Mio. Euro erhöht werden. Die Zuweisungen für Instandhaltung, Fehlbetragsabdeckung 2018 und Zinszahlungen wird im Gegenzug auf insgesamt 3.381.300 Euro gesenkt.

Eine Auswirkung auf die gesamten Zuweisungen an die Rems-Murr-Kliniken gGmbH entsteht durch diese Maßnahme nicht.

Der Finanzbericht ist in der Anlage 1 dargestellt.

Die Erläuterungen zu den Veränderungen können der Anlage 2 entnommen werden.

Anlage 1 - Finanzbericht zum 31. August 2019

Anlage 2 - Erläuterungen zum Finanzzwischenbericht 2019 (Stand 31. August 2019)